

Der Mittelstand macht's

Beschäftigung. Annähernd 23 Millionen Menschen – fast vier Fünftel aller Arbeitnehmer in Deutschland – waren Mitte 2010 in einem Unternehmen beschäftigt, das maximal 500 Mitarbeiter unter Vertrag hatte. Doch während die ganz kleinen Firmen im vergangenen Jahrzehnt Jobs abbauten, agierte der Mittelstand als Beschäftigungsmotor.*)

Ist der Mittelstand tatsächlich die wesentliche Triebfeder der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, wie immer wieder behauptet wird? Wenn man sich die Arbeitsmarktentwicklung anschaut, dann lautet die eindeutige Antwort: Ja. Zwar hat sich zwischen 1999 und 2010 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insge-

samt nur um 0,8 Prozent auf 27,7 Millionen erhöht, doch bei den mittelgroßen Betrieben mit 50 bis 499 Mitarbeitern gab es einen deutlichen Zuwachs:

In den vergangenen zwölf Jahren konnten Mittelständler ihren Personalstamm um 6,5 Prozent erhöhen.

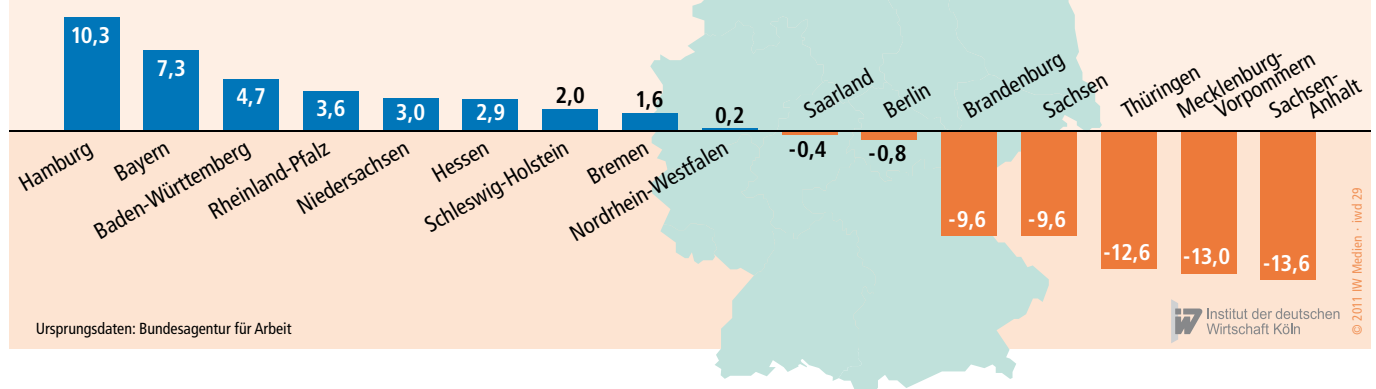
Dagegen haben Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten sowie

Großbetriebe in dieser Zeit per Saldo Stellen abgebaut – sie verzeichneten einen Beschäftigungsrückgang von jeweils rund 2 Prozent. Ursache dafür war der Strukturwandel. Vor allem in der Industrie haben viele Großbetriebe bis 2005 Stellen gestrichen, während es bei den kleineren Dienstleistern einen Trend zur Professionalisierung gab, der sie zu Mittelständlern wachsen ließ.

Über alle Unternehmensgrößen hinweg haben sich die Mitarbeiterzahlen dabei allerdings alles andere als stetig entwickelt: So nahm von 1999 bis 2005 die Zahl der →

Beschäftigung: Aderlass im Osten

Um so viel Prozent veränderte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1999 und 2010



Inhalt

Finanzpolitik: Die Schuldenbremse engt zunehmend die Haushaltsspielräume des Bundes ein.
Seite 3

Welthandel: Die Welthandelsorganisation droht an Autorität zu verlieren. Denn Industrie- und Schwellenländer bevorzugen bilaterale Abkommen.
Seite 4-5

Lohnpolitik: Ob und wie man Tariflöhne an die Inflation anpasst, ist aus mehreren Gründen eine schwierige Frage.
Seite 6

Rohstoffnutzung: Viele Materialien werden inzwischen recycelt. Die Wiederverwertung hilft der deutschen Wirtschaft, Rohstoffe zu sparen.
Seite 7

Medien: Mehr als neun Stunden pro Tag nutzen die Deutschen im Jahr 2010 TV, Internet und Radio.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um insgesamt 4,8 Prozent ab. In den beiden darauffolgenden Jahren stieg sie dann wieder an. Die Wirtschaftskrise hat, anders als von vielen befürchtet, unterm Strich nur zu einem Mini-Beschäftigungsrückgang von knapp 80.000 Personen geführt. Der jüngste Aufschwung bügelte diese Delle jedoch schnell wieder aus: Mitte vergangenen Jahres hatten wieder 27,7 Millionen Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Job – das waren 0,8 Prozent mehr als 1999.

Obwohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland insgesamt seit Ende der 1990er Jahre nur geringfügig zugenommen hat, gibt es große regionale Unterschiede (Grafik Seite 1):

Während Hamburg ein Beschäftigtenplus von gut 10 Prozent verzeichnen konnte, gingen in Sachsen-Anhalt seit 1999 fast 14 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verloren.

Damit steht Sachsen-Anhalt nicht allein da – in allen östlichen Bundesländern wurden in den vergangenen zwölf Jahren überdurchschnittlich viele Stellen abgebaut. Dagegen entwickelte sich der Arbeitsmarkt in Süddeutschland besonders gut; punkten konnten auch Rheinland-Pfalz und Hessen, während im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen die Beschäftigung stagnierte.

Ein Blick auf die Größenklassen der Unternehmen in den jeweiligen Regionen zeigt, dass der Mittelstand in der Vergangenheit bundesweit zulegen hat, denn im Vergleich zu den anderen Betriebsgrößen konnte er überall Beschäftigte hinzugewinnen (Grafik):

Unternehmen mit 50 bis 499 Mitarbeitern waren zwischen 1999 und 2010 die einzigen, die in allen vier großen Regionen (Westen, Osten, Norden, Süden) ihren Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausbauen konnten.

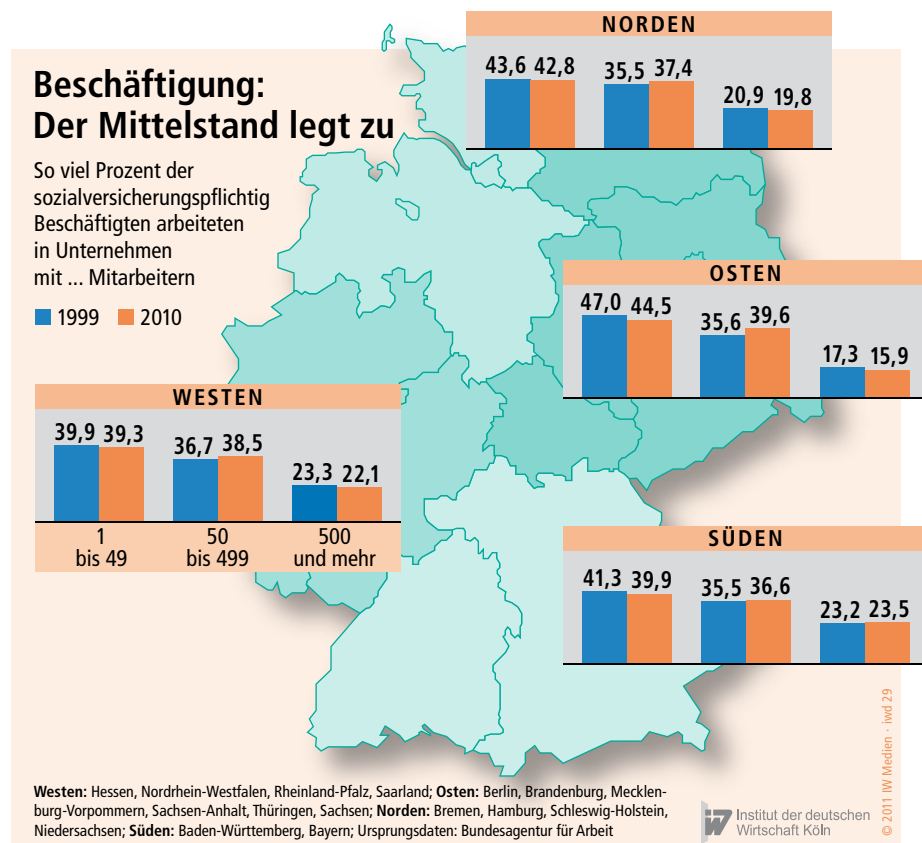
Deutschlandweit stieg damit der Anteil des Mittelstands an der Beschäftigung von 36 auf 38 Prozent. In Kleinbetrieben arbeiteten zuletzt 41 Prozent (minus 1,5 Prozentpunkte) aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, in Großbetrieben 21 Prozent (minus 0,5 Prozentpunkte).

In Zukunft könnten jedoch die Großen zu den Gewinnern zählen, wenn es um die Rekrutierung von Mitarbeitern geht. Zwar wollen laut einer Unternehmensbefragung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags vom Frühsommer 2011 Betriebe jeder Größenordnung in allen Regionen ihre Belegschaften ausbauen, doch vielerorts fehlt es an den dafür nötigen Fachkräften.

In Süddeutschland, wo die Beschäftigungspläne der Betriebe besonders stark auf Expansion ausgerichtet sind, herrscht mit einer Arbeitslosenquote von knapp 4 Prozent fast Vollbeschäftigung. Im Osten ist der demografische Wandel bereits jetzt besonders stark zu spüren. Hier gibt es vielerorts noch nicht einmal genug junge Fachkräfte, um die älteren Mitarbeiter im Betrieb zu ersetzen.

Die Situation dürfte sich noch extrem verschärfen: Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts sinkt das Erwerbspersonenpotenzial bundesweit bis 2050 um etwa ein Viertel – selbst wenn das Rentenalter angehoben wird. Den Osten trifft dieser Arbeitskräfterrückgang bereits 2025.

Großen Unternehmen spielt das in die Hände: Der größere Bekanntheitsgrad, die professionellere Personalrekrutierung und die im Durchschnitt höheren Löhne verschaffen ihnen bei Bewerbern einen Vorteil.



*) Vgl. Klaus-Heiner Röhl: Der regionale Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Betriebe in Deutschland, in: IW-Trends 2/2011

Eine kleine Steuerreform ist machbar

Finanzpolitik. Die Konjunktur brummt, die Steuereinnahmen steigen und die Bundesregierung nimmt deshalb weniger neue Schulden auf. Pläne, die Steuern deutlich zu senken, stoßen trotzdem an Grenzen. Denn die Schuldenbremse engt zunehmend die Haushaltsspielräume des Bundes ein.

Es klingt wie ein politisches Sommermärchen: Die Bundesregierung kalkuliert in ihrem neuen Finanzplan für 2013 mit Steuereinnahmen von 256 Milliarden Euro – das sind 15 Milliarden Euro mehr als bisher veranschlagt.

Allerdings gibt Finanzminister Schäuble mehr aus, als er einnimmt. Der Bund macht also weiter neue Schulden. Nur fallen diese geringer aus als befürchtet. Nach jetzigem Stand beträgt die strukturelle Neuverschuldung 2013 gut 20 statt 32 Milliarden Euro.

Trotzdem meint es die Bundesregierung mit dem Sparen ernst. Nach dem Finanzplan wird der Bund bis 2016 seine Neuverschuldung recht genau im erforderlichen Maße herunterfahren. Für die Höhe des strukturellen Defizits gibt es nämlich enge Grenzen. Der Fachbegriff dafür heißt Schuldenbremse:

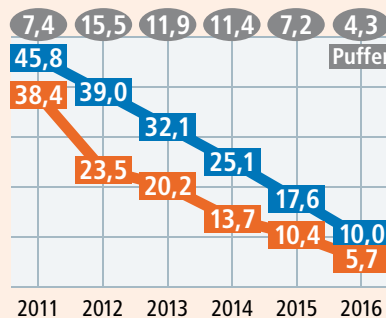
Der Bund muss bis 2016 seine strukturelle Neuverschuldung in gleichmäßigen Schritten auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückführen. Dann darf sie umgerechnet 10 Milliarden Euro betragen.

Vor allem in den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Berliner Koalition die Grenzen, die ihr die Schuldenbremse auferlegt, recht deutlich. Deshalb gibt es einen Si-

Haushalt: Schnelle Konsolidierung geplant

in Milliarden Euro

- Zulässiges strukturelles Defizit nach den Regeln der Schuldenbremse
- Strukturelles Defizit laut Finanzplan des Bundes



Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

Das strukturelle Defizit ist der Teil des Staatsdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist. Indem das strukturelle Defizit begrenzt wird, sorgt man dafür, dass neue Ausgaben nur dann erfolgen, wenn an anderer Stelle gekürzt wird oder die Einnahmen dauerhaft, das heißt nicht nur konjunkturbedingt steigen. Mit der Schuldenbremse hat der Gesetzgeber festgelegt, dass der Bund sein strukturelles Defizit von 2010 bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts herunterfahren muss – also auf rund 10 Milliarden Euro.

© 2011 IW Medien - iw-d 29

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

cherheitspuffer, den die Politik für Steuersenkungen nutzen möchte, ohne bei den Ausgaben auf die Bremse treten zu müssen. Mehrere Modelle für Steuersenkungen sind im Gespräch:

- **Kalte Progression.** Eine einmalige Korrektur des Steuertarifs im Jahr 2013 hat bei einer Inflationsrate von 2 Prozent Steuerausfälle von 2,5 bis 3 Milliarden Euro zur Folge (zur kalten Progression vgl. iw-d 24/2011). Eine solche Reform wäre problemlos machbar, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln berechnet hat (Grafik). Denn der Bund tritt bei den Ausgaben immerhin so weit auf die Bremse, dass von 2013 bis 2016 zwischen geplanter und erlaubter Neuverschuldung ein jährliches Polster von 4 bis 12 Milliarden Euro existiert.
- **Tarif auf Rädern.** Ambitionierter ist der zweite Vorschlag, der ebenfalls bei der kalten Progression ansetzt. Die Steuersätze sollen demzufolge nicht nur einmalig im Jahr 2013 an die Preissteigerungen angepasst werden, sondern alle Jahre wieder.

Dieser Vorschlag hätte im Jahr 2014 geringere Einnahmen von 5 bis 6 Milliarden Euro zur Folge, 2015 wären es etwa 8 bis 9 Milliarden Euro – und so fort.

Das bisher vorhergesehene Konsolidierungspolster gäbe diesen Betrag bis 2014 her. Ab 2015 müsste der Staat aber zusätzlich sparen, um die Steuerausfälle zu kompensieren.

- **Abflachung Mittelstandsbauch.** Die FDP möchte die Progression im Steuertarif bei den mittleren Einkommen entschärfen (zum Mittelstandsbauch vgl. iw-d 4/2009). Die Reform soll im Wahljahr 2013 in Kraft treten. Angepeilt ist eine Entlastung von rund 10 Milliarden Euro.

Mit Blick auf die Schuldenbremse wäre das 2013 und 2014 durchaus zu stemmen. Um im Jahr 2015 und danach genügend Masse für diesen Steuerschnitt zu haben, müssten die Finanzen stärker konsolidiert werden. Denn schon 2015 bleiben dem Finanzminister nur noch 7 Milliarden Euro zum Verteilen, will er das zulässige Defizit nicht überschreiten.

Doha im Koma

Welthandel. Es geht einfach nicht voran – seit zehn Jahren streiten sich Industrie- und Entwicklungsländer darum, welche Regeln künftig für den Welthandel gelten sollen. Sollte der Konflikt weiter schwelen, droht auch die Welthandelsorganisation (WTO) auf längere Sicht an Autorität zu verlieren.

In diesem Frühjahr versuchten die Teilnehmerstaaten der Welthandelsrunde (Kasten), die gegensätzlichen Interessen der verschiedenen Handelspartner unter einen Hut zu bekommen – erneut vergeblich. Dabei sah es vor drei Jahren fast schon nach einem Durchbruch aus. Selbst die damalige Bush-Administration hatte sich auf ein Konsenspapier der sogenannten Doha-Runde eingelassen, mit dem laut WTO-Generaldirektor Pascal Lamy zumindest rund

80 Prozent der komplizierten Agenda als geschafft galten.

Doch zu früh gefreut: Bushs Nachfolger Obama nahm Abstand von dem Papier und stellte zunächst den Welthandel hintenan. Erst im Herbst 2010 kam wieder Bewegung in die Welthandelsrunde. Bis Ostern 2011 sollte ein Rahmenabkommen unterzeichnet werden, sodass Ende des Jahres alle Beschlüsse hätten stehen können. Doch dies misslang erneut.

Einer der wesentlichen Gründe: Die großen Schwellenländer verstecken sich hinter der Vorgabe, dass die Doha-Runde eine sogenannte Entwicklungsrunde ist – also besonders die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigt werden sollen. Und laut WTO gehören offiziell auch die großen Schwellenländer dazu.

Doch inzwischen bestehen große Unterschiede zwischen armen Entwicklungs- und fortgeschrittenen Schwellenländern. Vor allem Letztere sind mittlerweile erfolgreiche Exporteure, die von der avisierten Liberalisierung durch die Doha-Runde besonders profitieren würden. Andererseits sind sie jedoch zu zaghaft, selbst Zugeständnisse bei der Öffnung ihrer eigenen Märkte machen. Nicht zuletzt das ist ein Grund, weshalb sich der Kongress in Washington querstellt, wenn es darum geht, den US-Agrar- und Textilmarkt liberalisieren.

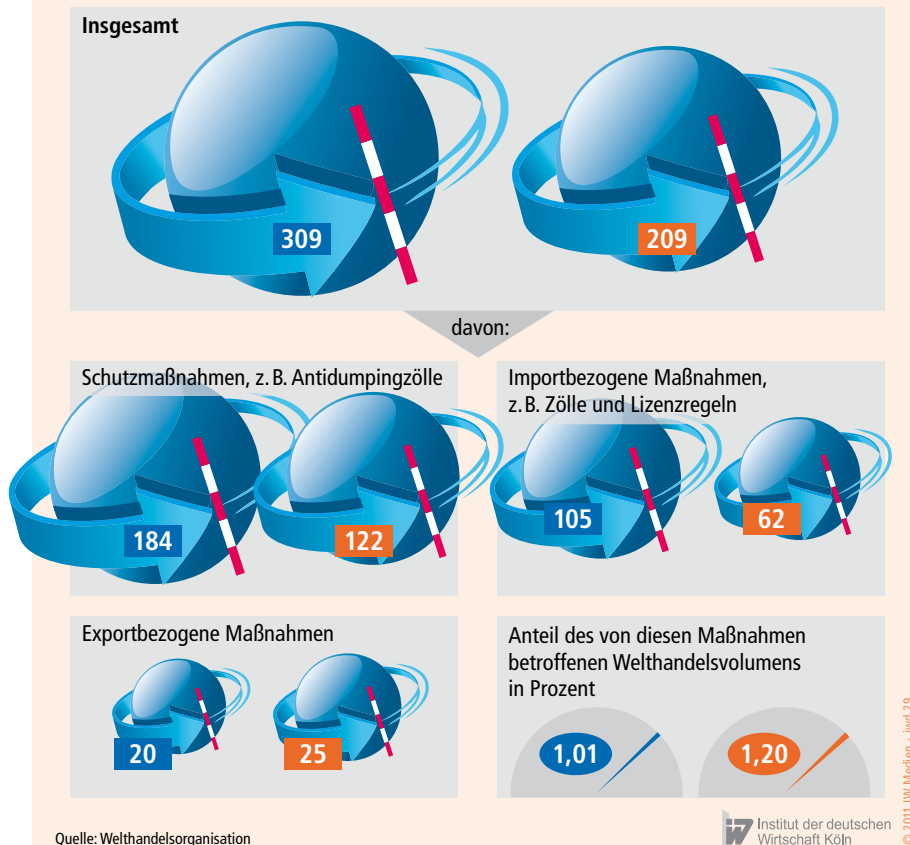
Die USA scheinen die WTO generell zunehmend abzuschreiben. Die Amerikaner setzen lieber verstärkt auf bilaterale und regionale Handelsabkommen. Vor allem haben sie dabei eine Partnerschaft zwischen verschiedenen Ländern des amerikanischen Kontinents sowie Ostasiens und Ozeaniens im Blick. Doch ob sie damit Erfolg haben werden, bezweifeln viele Experten.

Auch die EU bevorzugt immer häufiger bilaterale Handelsabkommen. Die Krux dabei: Solche Verträge schaffen zwar einen besseren Marktzugang und mehr Rechtssicherheit zwischen den beiden Partnern. Die WTO dagegen wird immer

Finanzkrise schafft zusätzliche Handelsbarrieren

■ Oktober 2008 bis Oktober 2009

■ November 2009 bis Mitte Oktober 2010



weiter an den Rand gedrängt, und umfassende Liberalisierungsmaßnahmen werden schwieriger.

Auf absehbare Zeit dürfte sich an der festgefahrenen Situation nichts ändern. Denn in den USA sind im Jahr 2012 Präsidentschaftswahlen – mit Zugeständnissen an China, Brasilien und andere mächtige Schwellenländer dürfte Obama aber eher Stimmen verlieren denn gewinnen.

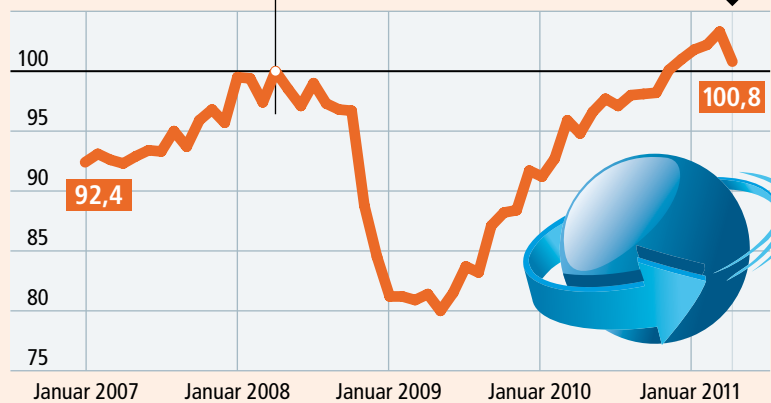
Im Dezember dieses Jahres ist trotzdem eine zuvor lange vertagte WTO-Ministerkonferenz angesetzt. Dafür will man einen kleinen Teil der Doha-Runde ausgliedern, um ein Hilfspaket für die ärmsten Entwicklungsländer zu schnüren sowie die Handelsliberalisierung von Umweltschutzgütern, Erleichterungen bei der Handelsbürokratie sowie einen Subventionsabbau bei Agrarexporten und der Fischerei unter Dach und Fach zu bringen. Ob sich die Länder tatsächlich einigen, ist nicht sicher – sinnvoll wäre es allemal:

Allein die Erleichterungen beim Papierkram würden laut WTO die Handelskosten weltweit durchschnittlich um fast 10 Prozent senken.

Die Frage ist aber immer noch, was mit der Doha-Runde passieren soll. Manche Experten wollen sie endgültig zu Grabe tragen, damit die WTO durch die fortdauernde schlechte Presse nicht weiter beschädigt wird und sich auf neue Themen und eigene Reformen konzentrieren kann. Doch das dürften die Handelsminister nicht wagen, weil das offizielle Eingeständnis des Scheiterns ein mindestens ebenso tiefe sowie bleibende Kratzer im WTO-Image hinterlasse.

Welthandel: Schnelle Erholung

Welthandelsvolumen, April 2008 = 100 (Hochpunkt vor der Krise)



Ursprungsdaten: CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IWD 29

Und das wäre in der Tat gefährlich. Denn die WTO ist die Hüterin der internationalen Handelsregeln, die an Bedeutung verlieren könnten. Auch die Autorität des Handelsgerichts der Organisation wäre auf Dauer wohl nicht mehr gesichert. Damit würde ein Rückfall in eine Handelswelt drohen, in der das Recht des Stärkeren gilt, wodurch gerade arme Entwicklungsländer unter die Räder kommen könnten.

Zudem hat die WTO den Welthandel gerade in der Finanzkrise vor einem Rückfall in den Protektionismus bewahrt. Vor allem die festgelegten Zolobergrenzen haben dazu beigetragen. Zwar notierte die WTO während der weltweiten Turbulenzen mehr Schutzmaßnahmen, doch deren Bedeutung hielt sich in Grenzen (Grafik Seite 4):

Die Extra-Zölle und protektionistischen Barrieren, die die WTO-Mitglieder von Herbst 2008 bis Herbst 2010 geschaffen haben, betrafen nur rund 2,2 Prozent des Welthandelsvolumens; mittlerweile tangieren sie 2,7 Prozent.

Die Geschäfte mit Waren rund um den Globus haben sich nach der Krise entsprechend schnell wieder erholt (Grafik):

Bereits im November 2010 wurden global wieder so viele Güter ex- und importiert wie im April 2008 – obwohl der Welthandel zwischenzeitlich um rund 20 Prozent eingebrochen war.

Doch es gibt auch einen Wermutstropfen. So sind bislang nur rund 15 Prozent der während der Krise ergriffenen Schutzmaßnahmen wieder abgebaut worden.

Die Welthandelsrunden

In Welthandelsrunden debattieren die Länder seit 1947 über die Liberalisierung des internationalen Handels. Die Schwerpunkte liegen auf niedrigeren Zöllen und zuletzt auch auf geringeren Hemmnissen im Dienstleistungshandel. Aktuell läuft immer noch die neunte Welthandelsrunde, die 2001 in Doha, der Hauptstadt von Katar, ins Leben gerufen wurde. Ein wichtiges Ziel der Doha-Runde ist die bessere Eingliederung der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Welthandel. Dafür müssten die Industrieländer besonders jene Märkte leichter zugänglich machen, die für Exporteure aus Entwicklungsländern interessant sind – vor allem im Agrar- und Textilsektor. Umgekehrt müssten auch die Schwellenländer ihre Märkte ein Stück weiter für die Exporteure der Industrieländer öffnen.

Konsens ist kaum möglich

Lohnpolitik. In jeder Tarifrunde streiten die Kontrahenten auch darüber, ob die Arbeitnehmer mehr Geld bekommen müssen, wenn die Preise steigen. Hier einen Kompromiss zu finden, ist aus mehreren Gründen schwierig.

Gewerkschaften begründen ihre Lohnforderungen so:

Erstens wollen sie die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligen. Deshalb sollen Produktivitätsgewinne – wenn sich das Verhältnis von Output zu Arbeitseinsatz verbessert – an die Beschäftigten fließen.

Zweitens soll die Teuerung ausgeglichen werden, damit die Löhne auch real steigen.

Drittens sollen die Unternehmen bei sprudelnden Gewinnen einen Teil dieses Überschusses an die Mitarbeiter abgeben.

Die Rechnung der Arbeitgeber sieht anders aus: Ihre Messlatte für Lohnsteigerungen ist allein der Produktivitätsfortschritt. Einen zusätzlichen Teuerungsausgleich lehnen sie in der Regel ab, weil dies die Lohnstückkosten – das sind die Lohnkosten in Relation zur Produktivität – erhöht und damit die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Die Argumentation ist klar: Steigen die Lohnkosten je produzierter Gütereinheit, müssen die Firmen entweder ihre Preise anheben, dann sinkt aber die Nachfrage. Oder sie finanzieren die höheren Löhne aus ihren Gewinnen, dann fehlt Geld für Investitionen. Dass man sich nicht einig ist, ob und wie man die Inflation mit aufnimmt, hat aber auch ganz praktische Gründe:

Unsicherheit. Zum Zeitpunkt einer Tarifverhandlung wissen weder Gewerkschaften noch Arbeitgeberverbände, in welchem Umfang Unternehmen steigende Lohnkosten auf Güterpreise überwälzen können.

Inflationsrate. Strittig ist, auf welchen Preisindex man sich stützt, wenn man überhaupt einen Teuerungsausgleich ins Auge fasst:

Während die Gewerkschaften auf die Entwicklung der Verbraucherpreise schießen, sind für die Arbeitgeber die Erzeugerpreise entscheidend.

Die Verbraucherpreise signalisieren, wie sich die Kaufkraft der Arbeitnehmer entwickelt. Sie beinhalten auch höhere Benzinpreise, also importierte Preiserhöhungen, die die Firmen ebenso verkraften müssen, oder Verbrauchssteuererhöhungen, die in die Kasse des Staates fließen.

Die Erzeugerpreise geben dagegen an, wie sich die Absatzpreise der Firmen entwickelt haben – und sind daher eine Messlatte für deren Preiserhöhungsspielraum.

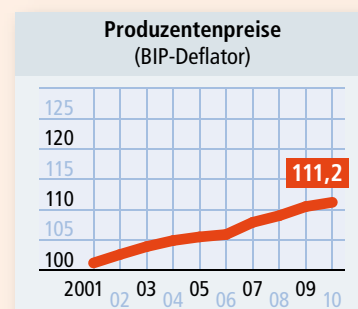
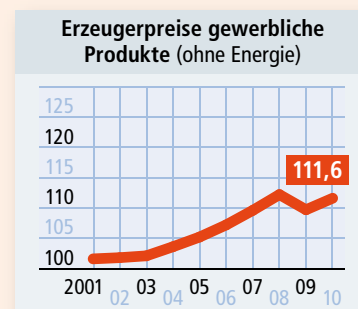
Deswegen unterscheiden sich die beiden Raten deutlich (Grafik):

Die Verbraucherpreise sind seit 2000 um fast 17 Prozent gestiegen, die Erzeugerpreise nur um 12 Prozent.

Damit legen die Gewerkschaften ihren Lohnforderungen eine größere Teuerungskomponente zugrunde, als es aus Unternehmenssicht gerechtfertigt ist. Exportorientierte Unternehmen müssen sogar noch vorsichtiger kalkulieren: So sind die Ausführpreise seit dem Jahr 2000 nur um 8 Prozent gestiegen. Einen am allgemeinen Preisanstieg ausgerichteten Zuschlag können diese Firmen aus ihren Erlösen nicht schultern.

Inflationsraten: Eine Frage der Perspektive

2000 = 100



Aus Schrott mach Gold

Rohstoffnutzung. Die deutsche Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren trotz Wachstum immer weniger Rohstoffe eingesetzt. Die gestiegene Effizienz ist vor allem neuen Produktionsverfahren sowie der verstärkten Wiederverwertung vieler Materialien zu verdanken.

Vor kurzem hat die Welthandelsorganisation die Exportbeschränkungen Chinas unter anderem für Zink, Koks und Magnesium gerügt. Doch ob Peking seine Handelshürden nun wirklich abbaut, ist ungewiss. Ein sparsamer Umgang mit den knappen Materialien ist daher für die deutsche Wirtschaft nach wie vor unerlässlich. Ohnehin sind die Preise für viele wichtige Rohstoffe nach der Wirtschaftskrise wieder kräftig gestiegen. Ein Barrel Rohöl, im Jahr 2009 für weniger als 40 Dollar gehandelt, kostet nun bereits wieder 100 Dollar. Und war eine Tonne Eisenerz vor zwei Jahren noch für weniger als 70 Dollar zu haben, müssen Käufer heute mehr als 170 Dollar hinblättern.

Zum Glück sind deutsche Unternehmen darin geübt, immer effizienter mit den raren und teuren Stoffen umzugehen.

Laut Statistischem Bundesamt verringerte sich der Rohstoffeinsatz in Deutschland zwischen 1994 und 2009 um knapp ein Fünftel – obwohl das Bruttoinlandsprodukt in dieser Zeit um fast ein Fünftel stieg.

Die Rohstoffproduktivität, also die Wertschöpfung, die mit einer bestimmten Menge an Öl, Metallen etc. erzielt wurde, erhöhte sich somit um 47 Prozent.

Viel Material gespart

Verbrauch in Deutschland in Millionen Tonnen

	2000	2002	2004	2006	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2000 in Prozent
Baumineralien (z.B. Bausande, Kies)	704	585	548	546	518	-26,4
Erze (z.B. Eisen, Kupfer, Nickel)	562	416	432	468	417	-25,8
Energieträger (z.B. Kohle, Öl)	511	481	468	459	448	-12,4
Industriemineralien (z.B. Kieselsäure, Salze)	79	72	75	77	71	-9,9
Biomasse (z.B. Futterpflanzen, Holz)	391	358	382	355	377	-3,4
Insgesamt	2.247	1.912	1.905	1.905	1.832	-18,5

Verbrauch in Deutschland: inländische Rohstoffförderung zuzüglich Importe abzüglich Exporte
Quelle: Umweltökonomische Gesamtrechnung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw02.29

Allerdings hat die deutsche Wirtschaft den gesamten Rohstoffeinsatz nicht in allen Bereichen gleich stark zurückfahren können (Grafik):

Am deutlichsten ging zwischen 2000 und 2008 der Einsatz von Baumineralien und Erzen zurück – jeweils um gut ein Viertel.

Der Verbrauch von Biomasse sank dagegen lediglich um etwas mehr als 3 Prozent.

Dass die Ressourcen in den vergangenen Jahren insgesamt deutlich effizienter eingesetzt wurden, hat vor allem zwei Ursachen:

- **Technische Innovationen** haben dazu beigetragen, den Energieverbrauch zu senken. Neue Waschmaschinen benötigen weniger Strom, moderne Flugzeuge weniger Kerosin als die Vorgängermodelle, und durch bessere Wärmedämmung geht bei Gebäuden inzwischen weniger Energie verloren. Auch der Trend zur Miniaturisierung – etwa bei Computerprozessoren – sowie der Einsatz immer leichter Materialien verringern den Rohstoffbedarf.
- **Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft** ist ebenfalls ein entschei-

dender Rohstoff-Sparfaktor. So geht der anfallende Stahlschrott nahezu vollständig in die Produktion zurück – fast 50 Prozent des in Deutschland gefertigten Rohstahls werden dank Recycling aus Stahlschrott gewonnen. Ebenso verwertet die deutsche Wirtschaft 92 Prozent der mineralischen Abfälle erneut und deckt damit ein Drittel des Bedarfs an diesen Rohstoffen. Auch in der Papier- und Glasproduktion ist der Anteil an recyceltem Material sehr hoch.

Und nicht zuletzt lassen sich aus dem gesamten hierzulande anfallenden Elektroschrott von jährlich mehr als 1 Million Tonnen erhebliche Mengen an edlen und seltenen Metallen wie Gold oder Palladium zurückgewinnen. Schließlich enthalten schon 41 Handys so viel Gold wie eine Tonne Erz. Und in Bauschutt ist mehr Kupfer enthalten als in Erzen. In Zeiten steigender Rohstoffpreise erforschen Fachleute daher derzeit, ob es sich zu Recyclingzwecken sogar lohnen würde, bereits geschlossene Mülldeponien wieder zu öffnen.



Surfen statt zappen

Medien. Mehr als neun Stunden pro Tag nutzten die Deutschen im vergangenen Jahr Fernsehen, Internet, Radio etc. Dabei wird die Rolle des World Wide Web immer bedeutender.

Im vergangenen Jahr surfen 43 Prozent der Deutschen täglich im Internet – im Jahr 2000 waren es erst 10 Prozent. Mit der Reichweite ist auch die Nutzungsdauer gestiegen (Grafik).

Im Jahr 2000 verbrachte jeder User im Schnitt 13 Minuten täglich im Internet – 2010 aber schon 83 Minuten.

Das Netz hat sich schneller entwickelt als jedes andere Medium. Die alteingesessenen Konkurrenten sehen daher ihre Interessenten abwandern. Dabei wirkt sich das Internet auf jedes Medium anders aus.

Fernsehen. Das klassische TV hat weiterhin die höchste Reichweite: 86 Prozent der Deutschen schauten 2010 täglich fern. Auch bei den 14-

bis 29-Jährigen liegt die Glotze mit einer Reichweite von 77 Prozent auf Platz eins. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat sich die Sehdauer verdoppelt und ist von 113 Minuten 1970 auf 220 Minuten im Jahr 2010 gestiegen.

Hörfunk. Jeden Tag schalteten im vergangenen Jahr 79 Prozent der Deutschen das Radio ein. Im Mittel liefen die Geräte dann gut drei Stunden. Der Hörfunk bleibt nach wie vor ein unverzichtbarer Tagesbegleiter. Das Internet ist kaum eine Konkurrenz, sondern vielmehr auditive Speichermedien. Jeder vierte Bundesbürger nutzte etwa sein Smartphone oder einen MP3-Player 2010 täglich – im Durchschnitt 35 Minuten lang. Von den 14- bis 29-Jährigen hörte jeder Zweite Tag für Tag für etwa 80 Minuten Musik aus der Konserve.

Zeitungen. Der Reichweitenrückgang bei den Printmedien hält an – 2010 lasen nur noch 44 Prozent der Deutschen täglich Zeitung. Im Schnitt wendeten sie dafür 23 Minuten auf. Von den 14- bis 29-Jährigen war sogar lediglich jeder Vierte ein regelmäßiger Leser der Nachrichtenblätter. Gerade für die jüngeren Jahrgänge ist das Internet mittlerweile das bevorzugte Informationsmedium. Es ermöglicht dem User, sich die benötigten Nachrichten individuell

Ich glotz TV

Mediennutzung und Reichweite in Deutschland 2010, Personen ab 14 Jahren

	2000	2010
So viel Prozent nutzten täglich diese Medien		
Fernsehen	85	86
Hörfunk	85	79
Tageszeitung	54	44
Internet	10	43
CD/LP/MC/MP3	21	25
Andere Medien	39	36
Nutzungsdauer in Minuten pro Tag		
Fernsehen	185	220
Hörfunk	206	187
Internet	13	83
CD/LP/MC/MP3	36	35
Tageszeitung	30	23
Andere Medien	32	35
Insgesamt	502	583
Nutzungsdauer der bis 29-Jährigen in Minuten pro Tag		
Fernsehen	180	151
Internet	25	144
Hörfunk	173	136
CD/LP/MC/MP3	73	80
Tageszeitung	16	10
Andere Medien	36	42
Insgesamt	503	563

Montag bis Sonntag, 5.00 bis 24.00 Uhr
 Andere Medien: Bücher, Zeitschriften, Video/DVD
 Quelle: ARD/ZDF

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 29

Adressaufkleber

zusammenzustellen. Richtig eingesetzt, ist das Internet für die Zeitungen jedoch eher eine Chance als eine Bedrohung, denn die Verlage könnten dem Leser vielseitige Nachrichtendienste, etwa Live-Ticker, auf ihren Webseiten anbieten.

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowiec, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
 GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.